

440

**MILLIARDEN EURO** stellt China in Aussicht, um die Märkte zu stützen – am Freitag sind die Kurse an den Börsen des Landes deshalb erneut kräftig gestiegen. Seit Mitte Juni waren die Kurse in drei Wochen um mehr als ein Drittel abgesackt. Wegen zahlreicher Hilfsmaßnahmen erholen sie sich nun

**GESUNDHEIT** Eine neue Studie des BUND weist gesundheitsschädliche Stoffe in Spielzeug nach

## Giftige Schnorchel und Schwimmbrillen

BERLIN taz | Trotz gesetzlicher Regelungen ist Kinderspielzeug immer noch oft mit gesundheitsschädlichen Chemikalien belastet. Das zeigt eine Studie, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) am Freitag veröffentlicht hat. Nur bei einem von neun getesteten Spielzeugen konnten keine schädlichen Chemikalien nachgewiesen werden.

Die Studie zeigt zum Beispiel, dass die Phthalat-Belastung eines Kinderwerkzeuggürtels der Firma Corvus 10 Prozent über der EU-Vorgabe liegt. Auch die anderen getesteten Produkte überschreiten die EU-Grenzwerte oder liegen nur knapp darunter.

Spitzenreiter unter den getesteten Produkten ist ein Schnorchel für Kinder der Firma Aqua-Lung. Es weist eine Phthalatbelastung auf, die 45-mal höher als der EU-Grenzwert für Kinderspielzeug ist. Dies ist besorgniserregend, weil Kinder Schnorchel bekanntlich in den Mund nehmen und Schwimmbrillen auf der Haut tragen. Die Chemikalien können somit gut vom Körper aufgenommen werden.

Phthalate sind Weichmacher, die eingesetzt werden, um Stoffe wie PVC geschmeidig zu machen. Laut Bundesumweltamt können sie bei Kindern die sexuelle Reifung stören. So werden sie mitverantwortlich für die sinkende Fruchtbarkeit von Männern gemacht.

Die EU-Spielzeugrichtlinie schreibt seit 2005 Grenzwerte für Phthalate vor, die in Spielzeug nicht überschritten werden dürfen. Diese Vorgabe wird regelmäßig aktualisiert und um auffällige Stoffe ergänzt. Allerdings fallen Produkte wie

Schnorchel, Schwimmbrillen und Armbanduhren nicht unter diese Vorgabe, weil es sich nicht um Spielzeug im klassischen Sinne handelt.

Die BUND-Chemieexpertin Ulrike Kallee kommentiert: „Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass Kinderprodukte frei von gefährlichen Chemikalien sind. Die jetzigen gesetzlichen Regelungen reichen jedoch nicht, um Kinder wirklich zu schützen.“

Wilfried Lach, Operations Manager bei Aqua-Lung, sagte der taz, die Firma lasse ihre Produkte in Deutschland stichprobenartig durch den TÜV überprüfen. Auch würden Prüfungen auf allen Ebenen der Lieferkette stattfinden. Das weltweit agierende Unternehmen halte sich zudem sogar an strengere Regeln als die EU-Vorgaben. Die Zahlen der Studie zweifelte Lach daher an.

Kallee fordert: „Hersteller müssen ihre Produkte untersuchen lassen, bevor sie auf den Markt kommen und nicht hinterher.“ Solange Gesetzgeber und Spielzeugunternehmen zu lasch mit dem Chemikalien umgehen, empfiehlt der sie Eltern, Produkte aus PVC zu meiden.

Während es bei Schwimmbrillen Ausweichmöglichkeiten gibt, wird es bei anderen Produkten schwieriger. Ein Beispiel ist der PVC-Fußboden, der sich in zahlreichen Mietwohnungen findet. Kinder verbringen sehr viel Zeit auf Fußböden; mitunter essen sie dort sogar. Seit Februar 2015 gibt es eine EU-Zulassungsverordnung für bestimmte Phthalate. Unternehmen müssen ihren Einsatz nun beantragen; dies gilt aber nur für neue Produkte.

KATHARINA SCHWIRKUS

**DIPLOMATIE** Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier unterzeichnet auf Kuba zwei Abkommen

## Noch ein Kuba-Tourist

VON BERND PICKERT

Eigentlich wollte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) schon in der letzten Woche als erster Außenminister der Bundesrepublik Kuba besuchen – wären da nicht die mehrmals verlängerten Verhandlungen über das iranische Atomabkommen in Wien gewesen. Am Donnerstag war es nun so weit: In Havanna ließ sich Steinmeier durch die Altstadt führen, traf Staatschef Raúl Castro zu einem zweistündigen Gespräch und unterzeichnete zwei Abkommen zur bilateralen Zusammenarbeit.

Damit folgt Deutschland später als andere EU-Mitgliedsländer dem Trend, nach Jahren des Stillstands die Beziehungen zu Kuba auf eine andere Grundlage zu stellen. Etliche Länder haben bereits bilaterale Abkommen mit Kuba, und im März war Frankreichs Präsident François Hollande bereits auf der Insel zu Besuch. Jetzt, sagte Steinmeier in Havanna, sei es auch für Deutschland „der richtige Zeitpunkt, unsere Beziehungen neu zu justieren“. Noch in diesem Jahr, so heißt auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes, solle an einem Kulturabkommen gearbeitet werden.

So weit waren beide Länder schon einmal: 2003 lag ein solches Abkommen unterschrittsreif vor. Doch dann kam, was in Kuba heute als Primavera Negra (Schwarzer Frühling) bekannt ist: 75 Oppositionelle wurden verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, darunter die InitiatorInnen des sogenannten Proyecto Varela, die auf Grundlage der kubanischen Verfassung ein Volksbegehren für mehr Demokratie initiiert hatten. Die Europäische Union beschloss daraufhin eine Reihe von Sanktionen – und das deutsch-kubanische Kulturabkommen blieb ohne Unterschrift. Erst die von der katholischen Kirche und Spanien vermittelte Freilassung der Oppositionellen im Jahr 2010 leitete ein allmähliches Tauwetter ein.

Die Bundesregierung hofft, dass das Goethe-Institut und der Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) bald wieder offiziell in Kuba arbeiten



Altstadtszene in Havanna: Der eine geht spazieren, der andere arbeitet  
Foto: Michael Kappeler/dpa

### Steinmeier spricht auf der Karibikinsel auch die Menschenrechte an

können. Derzeit ist das Goethe-Institut gar nicht, der DAAD nur minimal in Kuba präsent.

In den Abkommen soll, so hieß es aus dem Auswärtigen Amt, auch ein Bekenntnis zur Gültigkeit der Menschenrechte enthalten sein. Auch habe Steinmeier im Gespräch mit Castro das Thema angesprochen. Mit bekannten Oppositionellen oder Dissidenten mochte sich Steinmeier während seines zweitägigen Besuchs allerdings nicht treffen.

In kubanischen Staatsmedien war vom Thema Menschenrechte nichts zu lesen. Auch Steinmeiers Äußerung, Deutschland könne „mit seinen Transformationserfahrungen“ Kuba bei der Öffnung helfen, wird dort nicht berichtet – wohl aber vom Dank der kubanischen Regierung an Deutsch-

land, das sich in der UN-Generalversammlung seit Jahren zuverlässig gegen die US-Wirtschaftsblockade gewandt habe.

Wichtiger als der Steinmeier-Besuch ist für Kubas Medien jedoch der kommende Montag: Offiziell ab Mitternacht gelten die diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und den USA als offiziell wiederhergestellt. Eine rund 30-köpfige Delegation wird in Washington feierlich und unter Abspielen der kubanischen Nationalhymne vor 500 geladenen Gästen die Fahne über der kubanischen Botschaft hissen. Für die entsprechende Zeremonie in Havanna, zu der auch US-Außenminister John Kerry anreisen will, gibt es derzeit noch keinen Termin. Erst Mitte der Woche hatte Kubas Präsident Raúl Castro vor dem kubanischen Parlament die Annäherung an die USA gelobt, für eine volle Normalisierung der Beziehungen aber die Aufhebung des Embargos gefordert – und die Rückgabe des US-Marinestützpunktes Guantánamo im Südosten der Karibikinsel.

**BLEIBERECHT**

## Abschiebung trotz bester Integration?

BERLIN | Die palästinensische Schülerin Reem brach vor der Bundeskanzlerin in Tränen aus. Ihr droht die Abschiebung, obwohl sie seit vier Jahren in Rostock zur Schule geht.

**1** Warum müssen solche Menschen um ihre Zukunft in Deutschland fürchten?

Ob die Familie des Mädchens einen Aufenthaltstitel bekommt, hängt immer vom Einzelfall ab. Der Libanon gilt als sicheres Land, in das abgeschoben werden kann. Viele Libanesen sind aber in Deutschland geduldet. Sie bekommen also kein Asyl, können aber auch nicht abgeschoben werden. Der Grund ist, dass sie oft keinen Reisepass besitzen, nicht zweifelsfrei identifizierbar sind und deshalb nicht ausgewiesen werden können.

**2** Was bedeutet dieser Duldsstatus für die Menschen?

Sie dürfen meist nicht arbeiten und ihre Krankenversicherung deckt nur das Nötigste ab. Damit Flüchtlinge nicht absichtlich ihren Pass wegwerfen, macht man ihnen das Leben in Deutschland so schwer wie möglich. Die politische Vorgabe ist, diese Menschen nicht Teil der Gesellschaft werden zu lassen.

**3** Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, sieht Chancen, dass das Mädchen bleiben darf, auch wegen der jüngsten Änderungen im Aufenthaltsrecht.

Grundsätzlich haben oberste Landesbehörden immer die Möglichkeit im Einzelfall eine Aufenthaltserlaubnis zu erwirken. Ob sich das Mädchen auf positive Aspekte des neuen Gesetzes berufen kann, hängt von individuellen Faktoren ab. Ich halte dieses Gesetz im Ganzen allerdings für pervers. Es ermöglicht, eine Vielzahl Flüchtlinge die illegal nach Deutschland einreisen, zu verhaften und abzuschubsen.

■ **Martin Manzel** ist Anwalt für Ausländerrecht. Er vertrat unter anderem die Türkin Banu Olgun, deren Abschiebung im Frühling für Aufsehen sorgte



Foto: privat

ANZEIGE

### Attac-Sommerakademie

5.-9. August 2015 // Marburg

Die Sommerakademie ist zentraler Treffpunkt für Neugierige, Jung und Alt, Attacies und AktivistInnen. Auf spannenden Podien, Foren und in Workshops werden wir gemeinsam lernen, politisches Handwerkzeug erarbeiten und diskutieren.

Im Mittelpunkt steht dabei der Attac-Jahresschwerpunkt „Wachstumskritik: globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“. Immer mit dem Ansatz, Globalisierung zu verstehen und kritisch zu hinterfragen.

Alternativen kennen lernen, Aktionen für eine solidarische Welt entwerfen und Lösungsstrategien entwickeln: Die Sommerakademie bietet eine entspannte Atmosphäre mit vielen gleichgesinnten und interessanten Menschen, spannenden Veranstaltungen und dazu ein vielseitiges kulturelles Programm.

Infos und Anmeldung unter [www.attac.de/sommerakademie](http://www.attac.de/sommerakademie)



## Wenn Autos zu Waffen werden

KÖLN taz | Eine große Kreuzung in der Innenstadt von Köln: Unfallmarkierungen erstrecken sich über beide Straßenseiten bis zu den Bürgersteigen. Ein 26-jähriger Fahrradfahrer ist hier tödlich verletzt worden, als sich zwei junge Männer ein Autorennen lieferten.

In Köln ist es das dritte Mal innerhalb weniger Monate, dass ein Unbeteiligter stirbt, weil die illegale Kölner Rennszene ihre Grenzen mitten in der Innenstadt austestet. „Ich fühle mich nicht mehr sicher“, sagt ein Stu-

dent, der Blumen an der Gedenkstelle ablegt. Kurz vor dem Unfall habe er selbst noch die Stelle passiert.

Der Unfall hat in der ganzen Stadt Betroffenheit ausgelöst. Die Kreuzung liegt auf dem Weg zur Uni, in die Innenstadt und zu den Studententreffpunkten. Auch der Sohn des ehemaligen Kölner Oberbürgermeisters Fritz Schramma ist vor 14 Jahren durch einen Raser gestorben. Die Stadt hat seit Jahren ein Problem mit der Szene, über hundert Fahrverbote sprach die

Polizei allein in den letzten Wochen aus. Die Fahrer seien meist zwischen 18 und 25 und männlich, so eine Sprecherin der Polizei. Oft seien es Kölner, doch viele kämen auch aus dem Umland. In Rheinland scherzt man seit Jahrzehnten, das Kennzeichen von Bergheim, BM, stehe für „bereifter Mörder“, denn die Bergheimer sind für ihren Fahrstil berüchtigt. Und tatsächlich kommt laut Polizei ein großer Teil der Szene aus der Kreisstadt. Besonders abends und am Wochenende trifft man sich in

Köln. Ausgerechnet die belebte Innenstadt ist bekannter Treffpunkt für laute, frisierte Wagen mit vielen PS, die die Kurzstrecken von Ampel zu Ampel rasen. Jetzt fordern die Kölner neue Maßnahmen gegen Raser. Mehr Kontrollen, härtere Strafen, Schwellen und Kurven auf den Straßen wollen Politiker und Anwohner. Eine weitere Möglichkeit wäre, die Ampelphasen so abzustimmen, dass es grüne Welle bei 50 km/h statt, wie häufig, nur bei 80 km/h gibt.

HELKE ELLERSIEK